

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (mit Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringelohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.275, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.500. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Nr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Nr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Werktag: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenweise mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Fortsetzung wird Rabatt gewährt. Kleinanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 118.

Dresden, Montag den 26. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die Sonderausstellung der freien Gewerkschaften auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig wurde eröffnet.

Die Berliner Volkszeitung meldet, daß die Deckungsvorlagen bis zum Herbst vertagt werden sollen.

Genosse Paul Hoffmann-Berlin wurde im 8. Berliner Landtagswahlkreise an Stelle des bisherigen Kandidaten Genossen Kochardt als Kandidat aufgestellt.

In Paris fand eine riesige Demonstration gegen die dreijährige Dienstzeit statt.

In Longbeach in Kalifornien haben beim Einbruch einer Tribüne 50 Menschen den Tod gefunden.

Die englische Sektion der Rüstungs-Internationale.

Von unserem Korrespondenten.

L. London, 23. Mai.

Der heutige Labour Leader veröffentlicht eine Fülle von Tatsachen, die über die nationalen und internationalen Beziehungen der englischen Rüstungsfirmen, ihre Beziehungen zur Regierung und zu namhaften Politikern beider Parteien sowie zu einer Anzahl pensionierter Flotten- und Heeresoffiziere Licht verbreiten. Es wird nachgewiesen, daß ein Rüstungsring die Herstellung von Kriegsmaterial kontrolliert, daß in diesem Ring die Rüstungsfirmen fast aller Nationen, insbesondere auch deutsche Firmen, mehr oder weniger eng verknüpft sind, daß dieser Ring es verstanden hat, die Herstellung von Rüstungen in englischen Regierungswerken mehr und mehr zu verdrängen, und schließlich, daß einflußreiche liberale und konservative Politiker, ferner Admirale und Generale an diesem Ring direkt interessiert sind.

Die Leiter des großen Kriegstrusts sind die fünf großen englischen Rüstungsfirmen Vickers, Armstrong, John Brown & Co., Cammell, Laird & Co. und der Nobel Dynamite Trust. Der Labour Leader zählt dann eine lange Reihe großer und kleiner Rüstungsfirmen auf, die diese fünf Riesen teils „abfordern“ teils kontrollieren. Vickers sind auch an drei italienischen Panzerplatten- und Schiffbauunternehmen interessiert und haben eine Schiffswerft in Nikolajew in Rußland. Außer englischen Dreadnoughts hat diese Firma Kriegsschiffe gebaut für Italien, Spanien, Japan, China, Chile, die Türkei, Brasilien und Argentinien.

Die Firma Armstrong hat ein Arsenal in Italien, aus dem die italienische Flotte hauptsächlich ihr Kriegsmaterial bezieht. Sie hat ferner Panzerplattenwerke in Japan und ist mit anderen italienischen und spanischen Rüstungsfirmen eng verbunden. Sie baut außer englischen Dreadnoughts Kriegsschiffe für Italien, Brasilien, die Türkei, Japan, Chile und Argentinien. Ferner erklärt der Labour Leader, daß die britische Admiralität den jetzt bei Armstrong in Elswick für die Türkei gebauten Dreadnoughts Reshad-i-Hannis erworben habe. Damit habe Herr Churchill sein an Deutschland gerichtetes Flottenbauernbieten praktisch zurückgezogen.

Die Firma Brown ist an russischen, spanischen, französischen und kanadischen Rüstungsfirmen interessiert. Sie baut außer englischen und australischen Schiffen eine ganze Anzahl russischer Dreadnoughts. Die Firma Cammell, Laird & Co. hat Kriegsschiffe für Argentinien gebaut.

Der Nobel Dynamite Trust hat 14 Direktoren, von denen vier in Deutschland leben, und zwar die Herren H. Kerschlag (Hamburg), M. Schindell (Hamburg), L. Jagen (Köln) und J. R. Heidemann (Köln). Eine Tochtergesellschaft dieses Trusts, die British South African Explosives Co. Ltd., hat außer den Herren Kerschlag und Heidemann noch die Herren Dr. P. Müller (Berlin), Dr. Richter (Hamburg) und A. Falcony (Paris) im Direktorium. Der Nobel Dynamite Trust besteht aus einer ganzen Anzahl englischer Firmen, an japanischen und kanadischen Unternehmen und an der Dresdner Dynamit-Fabrik (durch einen Direktor) beteiligt.

Alle diese fünf Firmen und die Anzahl ihrer Tochterunternehmen in aller Herren Ländern sind ineinander verflochten. Der Kriegstrust kennt ebensolche nationale Grenzen wie patriotische Vorurteile. Bemerkenswert ist auch, daß die Agitation um eine kanadische Kriegsstärke gerade zu der Zeit einsetzt, als Vickers eine riesige Werft in Montreal errichtet. Für Italien, also einem Mitglied des Englands bedrohenden Dreiebundes, hat der Trust 4 Dreadnoughts, 4 erstklassige Kreuzer, 2 Kreuzer dritter Klasse und 84 Torpedoboote gebaut.

Der Labour Leader macht dann zahlenumäßige Feststellungen darüber, daß seit dem Regierungsantritt der Liberalen ein immer kleinerer Bruchteil der Rüstungen in den Regierungswerken hergestellt wurde, während sich der Trust einen stetig wachsenden Anteil sicherte.

Eine ganze Anzahl liberaler Politiker ist als Direktoren an den Unternehmen des Kriegstrusts interessiert,

darunter auch solche, die sich gern als „Bazillisten“ ausgeben. Die bekannteren davon sind der gegenwärtige Unterstaatsminister Pease, der ein Quäker ist und erst diese Woche in der Jahresversammlung der Friedensgesellschaft über die von den Rüstungsinteressen drohenden Gefahren referierte, ferner der liberale Lord Aberconway und seine beiden Söhne im Unterhaus, der große Bazillist und Eigentümer der Westminster Gazette und anderer liberaler Publikationen, Sir Alfred Mond, Lord Glenconner, ein liberales Mitglied des Oberhauses und Bruder der Frau des Ministerpräsidenten Asquith, usw. usw.

In der Liste der pensionierten Offiziere befindet sich der Abgeordnete und General-Flottenarzt Admiral Sir Charles Vereker, der bis 1909 Hauptkommandant der Kanalflotte und früher Hauptkommandant der Mittelmeerflotte war. Ferner die bekannten Admirale Sir Chyrlan Bridge, Sir Edmund Fremantle, Sir Archibald Douglas, Sir Dicky Morant u. a. m.

Von Armeeführern sind zu nennen General Bradenbury, der die höchsten Stellen bekleidet, Sir Andrew Noble und der frühere Unterstaatssekretär Baron Sandhurst.

Diese Tatsachen sind wohl geeignet, dem englischen Volke die Augen zu öffnen und manchem englischen „Bazillisten“ die Nase vom Gesicht zu reißen. Sie liefern auch eine Erklärung dafür, warum die liberale Regierung trotz aller schönen Beteuerungen dem Rüstungskauf fortgesetzt in die Hände arbeitet. Aber sie zeigen auch, wie energisch und entschlossen der Kampf es bedürfen wird, um allen diesen einseitigen Interessen, die sich bei jeder Rüstungsvorlage und bei jedem Dreadnought ihr Schälchen scheren, beizukommen.

Die Balkankrise.

Die Spannung zwischen den Verbündeten verarscht in diplomatischen Kreisen Bestenmungen. Die Südwestliche Korrespondenz erfährt aus Athen, daß am 22. Mai ein Abkommensvertrag zwischen Serbien und Griechenland tatsächlich unterzeichnet wurde. Der Vertrag, der durch eine Militärkonvention ergänzt ist, garantiert beiden Staaten gegenseitig ihre Gebietsansprüche. Infolgedessen hat Griechenland den Wunsch des bulgarischen Kabinetts, durch den früheren Obersten Kommando in Athen Sonderverhandlungen zu führen, abgelehnt. Trotzdem hofft man in Belgrad auf eine Klärung der serbisch-bulgarischen Streitfrage in der nächsten Woche.

Nach einer Meldung aus Athen hat der bulgarische Ministerpräsident Geshow die Erklärung abgegeben, daß er zurücktreten werde, wenn der bulgarische Generalfstab sich seiner Verfügung widersetzt und die Kämpfe in Süd-mazedonien nicht einstellt. Die Vorstellungen, die Griechenland in Sofia gemacht hat, wurden von Serbien unterfützt. Man glaubt allgemein, daß wenn Bulgarien nicht die von den Griechen eroberten Stellungen bei Panghios wieder verliert, die Situation in ein kritisches Stadium tritt. Die Athener Presse erklärt, daß Griechenland am Vocabend großer Ereignisse stehe.

Bulgarische Retirierung.

Sofia, 25. Mai. Die bulgarischen Militärbehörden haben die Mohammedaner in den Gebieten von Sereks, Drama, Kavalla und Adrianopol aufgegeben, in die bulgarische Arme eingezogen. Die Mohammedaner haben nach einer Beratung die Erklärung abgegeben, ihrer Militärpflicht in der bulgarischen Arme unter der Bedingung nachzukommen, daß sie nicht gezwungen werden, gegen ihre Glaubensgenossen zu kämpfen.

Kampf um Worte.

London, 25. Mai. Gestern hatten die türkischen Delegierten mit den griechischen Friedensunterhändlern eine lange Konferenz. Zwischen diesen beiden Gruppen bestehen die Doppelwiderigkeiten, die sich der Unterzeichnung des Friedensvertrages entgegenstellen. Die Griechen, die die vor 1887 bestehenden Konventionen wieder in Kraft gesetzt sehen möchten, gaben neuerdings die Erklärung ab, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen könnten, wenn nicht im Vorfrühdensvertrag die Worte „und die alliierten Souveräne“ gestrichen werden. Die türkischen Delegierten sind weniger unmaßgeblich. Sie wollen ihre Rechte nur in einem Nachtrag feststellen lassen: einige sind sogar geneigt die Worte „und die alliierten Souveräne“ als wünschenswert zu bezeichnen. In politischen Kreisen betrachtet man hier diesen Kampf um Worte als sehr überflüssig; aber er ist bezeichnend und zeigt zwei Gruppen, die sich jetzt gebildet haben, nämlich Bulgarien und die Türkei einerseits und Serbien und Griechenland andererseits. Diese Tatsache rüst hier einige Beunruhigung hervor, da, falls die Balkanstaaten unter sich einen Krieg beginnen, es leicht möglich ist, daß die Kriegspartei in Wien die Oberhand gewinnt.

Das rumänisch-bulgarische Westfall.

Bukarest, 24. Mai. In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Senats wurde das Petersburger Protokoll, betreffend die Abmachung zwischen Rumänien und Bulgarien, vorgelegt. Das Protokoll besteht aus folgenden Punkten: Silistria wird mit einer Umgebung von drei Kilometern, von der Karriere der Stadt an gerechnet, Rumänien überlassen. 2. Rumänien hat das Recht, rumänische Schulen und Kirchen in Mazedonien zu unterhalten; 3. Rumänien behält es frei, seine Grenzen gegen Bulgarien zu beschließen, während Bulgarien dies unterliegt; 4. Rumänien gibt den Einwohnern, die die Stadt Silistria verlassen wollen, eine Entschädigung. Diese Entschädigung wird von einer aus Bulgarien und Rumänien zusammengesetzten gemischten Kommission festgestellt.

Deutsches Reich.

Die Deckung aufgeschoben?

Wie die Berliner Volkszeitung aus besser Quelle erfahren haben will, sei es nunmehr sicher, daß die Heeresvorlage vom Reichstage ohne die Deckungsvorlagen verabschiedet werden wird. In der Sitzung der Budgetkommission vom Sonnabend sei man dahin übereingekommen. Im Plenum des Reichstags werde die zweite Beratung der Heeresvorlage voraussichtlich am nächsten Donnerstag beginnen.

Ist diese Meldung richtig, so wird sie bei den Konservativen nicht gerade viel Freude erregen. Wiederholen sie doch seit Monaten Tag für Tag in ihrer Presse mit einer geradezu erstaunlichen Ausdauer: Die Heeres- und Deckungsvorlagen müßten gemeinsam erledigt werden.

Am Sonntag beschworen Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung noch einmal die Regierung, es doch nicht zu wagen, daß die Heeresvorlagen bis zum Herbst vertagt werden. Das Blatt des Herrn Hertel schreibt:

In der Presse ist wiederholt behauptet worden, für die Regierung sei doch das rechtzeitige Zustandekommen der Heeresvorlage von ausschlaggebender Interesse: sie könne sich deshalb mit einer wenigstens teilweisen Verschiebung der Deckungsfrage ohne Gefahr einverstanden erklären. Das Irrtümliche dieser Auffassung liegt doch wirklich auf der Hand. Auch bei der Deckungsfrage handelt es sich wegen ihrer unmittelbaren Verbindung mit der Heeresvorlage um eine nationale Aufgabe von größter Bedeutung. Die Heeresvorlage kann ihre volle Wirkung nur unter Ansehen in der Welt nur dann üben, wenn sie mit der Parlamentarität, die sie bewilligt, zugleich auch eine Mehrheit für die Aufbringung der Kosten findet; andererseits wird man im Inland, noch mehr aber im Ausland, das Gefühl haben und haben müssen, daß auch die Durchführung der Heeresvorlage noch in der Luft schwebt, und daß auch in Fragen der Landesverteidigung, zu der das nötige Geld schließlich ebenso gehört wie Waffen und Mannschaften, der Parteilichkeit der nationalen Gemeinnut überwähre.

Die Gehirnverrenkungen des agrarischen Artikelschreibers sind geradezu späßig. Aber wie soll es der arme Kerl auch anders machen? Es ist eben eine verdammt schwere Aufgabe, die agrarische Furch vor der Erbschaftsteuer hinter mehr oder weniger schönen Phrasen zu verbergen. Wie es bei einem gutgeleiteten Pressenmenschen begreiflich, sucht sich der Herr aus der Verlegenheit zu helfen, indem er mit dem Worte national herumwirft. Auch bei der Deckungsfrage handle es sich um eine „nationale Aufgabe“. Da müßten die Agrarier, die sich stets als Patrioten von Prima-Qualität aufspielen, bereit sein, einen großen Teil der Lasten auf sich zu nehmen. Aber daran denken sie nicht. Sie haben es bisher borgezogen, nationale Aufgaben, wenn es ans Zahlen ging, andere lösen zu lassen, und so wollen sie es auch diesmal halten. Was soll übrigens die Bemerkung, daß die Durchführung der Heeresvorlage noch in der Luft schwebt, solange die Deckungsvorlagen noch nicht zustande gekommen seien. Der Herr Artikelschreiber dürfte das schon lange wissen. Hat doch die Deutsche Tageszeitung erst vor einigen Tagen die Behauptung mit Entrüstung zurückgewiesen, daß die Konservativen gegen die Heeresvorlagen stimmen wollten, wenn es in der Deckungsfrage nicht nach ihrem Wunsch ginge.

Sollte es also wirklich dahin kommen, daß die Deckungsvorlagen vertagt werden, so würden die Herren Konservativen nichts dagegen machen können. Herr v. Bethmann-Hollweg und seinem Stab dürfte die Vertagung der Deckungsfragen hingegen sehr angenehm sein. Wären doch die fernsichtigen Positionen der Herren von der Reichsregierung empfindlich bedrängt, wenn der Reichstag noch die Deckungsvorlage durchbräche. Unsere Genossen würden ja dafür sorgen, daß die Gesetzgebungsorgane nicht im Zeitpunkt durchgepeitscht werden. Bei einer Vertagung aber kann der Reichstagspräsident mit seinen Staatssekretären und Geheimräten die Sommerferien in Ruhe genießen. Bewilligt der Reichstag die Heeresausgaben, so muß er schließlich ja auch für die nötigen Einnahmen sorgen. Uebrigens, kommt Zeit, kommt Rat!

Nicht bloß gemeint.

Die Germania wendet sich in einem längeren Artikel gegen die etwa noch irgendwo vorhandenen bösen Leute, die dem Zentrum zuhören könnten, es treibe prinzipielle Opposition gegen die Heeresvorlage. Es heißt dort über die vom Zentrum in der Budgetkommission eingebrachten Anträge auf Erziehung von einer Anzahl Offiziers- und Unteroffiziersstellen: „Der in der Budgetkommission vom Zentrum eingebrachte Antrag, rund 1000 Leutnants und Oberleutnants und die entsprechende Zahl von Unteroffizieren von der neuen Heeresvorlage zu streichen, ist vielfach in der Presse dahin verstanden worden, daß das Zentrum überhaupt nicht diese Stellen bewilligen wolle. Diese Auffassung ist dahin richtigzustellen, daß es sich nur um eine formelle Angelegenheit handelt. Die betreffenden Leutnants und Unteroffiziere sollten erst im nächsten Jahre eingestellt werden, waren aber von der Heeresverwaltung bereits in den Nachtragsetzt aufgenommen. Dagegen wendet sich der Zentrumsantrag, der nur die Einstellung der Offiziere und Unter-